



Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

August 2017



Profitgier im Gesundheitswesen macht krank

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens fordert ihre Opfer.

➤ *Allein durch Hygienemängel in Krankenhäusern sterben jährlich 19.000 Patienten in der Bundesrepublik, werden etwa überteuerte bei der Hepatitis-C-Behandlung wirksame Medikamente, die z.T. 60 000 Euro kosten, oft nur an Patienten abgegeben, wenn diese explizit darauf bestehen, bekommen Menschen keine medizinische Leistungen, weil sie sich trotz Versicherungszwang keine Krankenversicherung leisten können oder ihnen diese von den Jobcentern im Rahmen von Sanktionsmaßnahmen entzogen wurde. Nachgewiesen ist auch der Zusammenhang zwischen zu wenig Personal und steigender Sterblichkeitsrate. Die Liste ließe sich fortsetzen.*

Aber auch die Gesundheit des Pflegepersonals ist gefährdet. Mehrere Krankenkassen schlagen derzeit Alarm, wenn sie den Gesundheitszustand dieser Beschäftigten analysieren und mit anderen Berufsgruppen vergleichen.

Der BKK-Gesundheitsatlas zum Beispiel wurde am 5. Juli in Berlin vorgestellt und hat 2000 Beschäftigte aus verschiedenen Branchen zum Thema „Gesundheit und Arbeit befragt – insbesondere Beschäftigte in der Kranken- und Altenpflege. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind überdurchschnittlich oft und lange krank, leiden häufiger unter psychischen Erkrankungen als Beschäftigte anderer Berufe und

➔ Fortsetzung auf Seite 2



Senat der Ankündigungen

Bürgermeister Müller verkündete via Presse, dass die CFM wieder eingegliedert werde.

Gesprochen wurde von einem Stundenlohn etwas über dem Mindestlohn. Nicht vom Aufsichtsrat beschlossen wurde, wann die Beschäftigten der CFM das Lohnniveau der Kollegen von der Charité erreichen. Der gleiche Lohn ist aber neben der Eingliederung eine wichtige und zentrale Forderung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di. Es wird also weiter Druck nötig sein, damit die Eingliederung keine Mogelpackung wird. Hatte man bislang die Löhne mit Rücksicht auf die Profite der privaten Anteilseigner niedrig gehalten, so ist nun zu befürchten, dass der Landshaushalt als Argument herhalten muss. Schützenhilfe bekam der Senat von der konservativen FAZ, die schon mal vorsorglich die finanziellen Mehrkosten thematisierte. Nicht thematisiert hat sie, warum im Kapitalismus Krankenversorgung Profit abwerfen bzw. kostendeckend sein muss.



DKP gründet Betriebsaktiv Gesundheit!

Ziel ist, den Beschäftigten im Gesundheitswesen Gehör zu verschaffen.

Genossinnen und Genossen der DKP Berlin, die im Gesundheitswesen beschäftigt sind und beispielsweise als Krankenpfleger, Hebamme, Physiotherapeutin oder Arzt arbeiten oder sich in ihrem Job mit gesundheitspolitisch relevanten Themen auseinandersetzen bzw. das eine oder andere vor Eintritt ins RentnerInnen-Dasein getan haben, gründeten am 12. Juli 2017 das Betriebsaktiv Gesundheit als Grundorganisation der DKP Berlin.

Die Schwerpunkte unserer Parteiarbeit werden sich zum einen aus den konkreten Arbeitsumfeldern der Genossinnen und Genossen des Betriebsaktivs ergeben und zum anderen aus dem tagespolitischen Geschehen – immer im Blick also die Beschäftigten und Gewerkschaft im Gesundheitswesen und ihre Gewerkschaft. Im Hinblick darauf wollen wir Positionen zur Berliner Gesundheitspolitik erarbeiten, uns in gesundheitspolitische Debatten einbringen und die Mitarbeit in entsprechenden Bündnissen verstetigen. So wollen wir dazu beitragen, den Beschäftigten im Gesundheitswesen Gehör zu verschaffen, gemeinsam Positionen zu erarbeiten, Forderungen aufzustellen und Grundlagen für Aktionen zu entwickeln. Und klar, langfristig wollen wir die DKP in den Betrieben verankern. Bis dahin allerdings ist viel zu tun – packen wir es an!

Zu wenig Personal, hohe Arbeitsverdichtung, überlange Arbeitszeiten, prekäre Beschäftigung, zu niedrige Löhne – all das macht krank ...

» Fortsetzung von Seite 1

scheiden früher aus dem Beruf aus. So fallen Beschäftigte aus der Altenpflege 24 Tage im Jahr wegen Krankheit aus, bei den Beschäftigten in den anderen Berufen sind es durchschnittlich „nur“ 16 Tage. Den Hauptteil der hohen Fehlzeiten in Pflege bilden psychische Störungen. Die Arbeitsbedingungen in pflegerischen Berufen – so das Fazit des BKK-Gesundheitsatlas – gefährden die Gesundheit der Pflegekräfte.

Laut den Autoren des Gesundheitsatlas sind es vor allem die Arbeitsverdichtung aufgrund von zu wenig Personal, aber auch die Arbeitsbedingungen wie Schichtarbeit, geringes Gehalt, Befristungen, (Zwangs-)teilzeit und damit auch Arbeitsunsicherheit, die krank machen. Die TKK kommt zu ähnlichen Ergebnissen und die AOK macht insbesondere hohen Stress und schlechte Personalführung als Ursachen für Depressionen und Burnout aus.

Gut, dass man sich dem Problem widmet. Doch wie ist wirklich Abhilfe zu schaffen? Festzustellen ist, dass diese Situation nicht Gott gegeben ist. Es werden klare Ursachen in den Studien benannt. Wenn Arbeitgeber also auf das persönliche Verhalten von Beschäftigten als Grund für Gesundheitsprobleme verweisen, lenken sie nur von den wirklichen Ursachen ab. Vorwürfe, man solle doch gesünder essen, mehr Sport treiben, mehr für seine Entspannung tun usw., gehen an Ursachen und Lebenswirklichkeit vorbei und schieben die Verantwortung auf den einzelnen Beschäftigten ab.

Zu wenig Personal, hohe Arbeitsverdichtung, überlange Arbeitszeiten, prekäre Beschäftigung, zu niedrige Löhne – all das macht krank und hat eine gemeinsame Ursache: Man will am Geld fürs Personal sparen, damit der Profit gesteigert werden kann. Auf Kosten der Beschäftigten und ihrer Gesundheit natürlich. Hier muss man ansetzen, wenn das Gesundheitswesen Patienten gesund und Pflegende nicht krank machen soll.



Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser,
seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:
Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



G20 beendet

Demokratie im Sinkflug

Der G20-Gipfel ist beendet. Das Ergebnis des Zusammentreffens der G7 mit den Schwellenländern und der EU steht in keinem Verhältnis zu Kosten, Aufwand und dem Ausnahmezustand, der vor allem die Hamburgerinnen und Hamburger getroffen hat. 150.000 Menschen waren in Veranstaltungen, Konzerten, Foren und Aktionen eingebunden. Reduziert werden diese Wochen des Ausnahmezustandes in der Großstadt auf die Bilder von brennenden Autos und geplünderten Geschäften, wo sich jetzt Wochen danach herausstellt, dass insbesondere im linken Szenevierteln neben Randalierern und Provokateuren, auch „autonome“ Nazi-Gruppen aktiv waren.

Wirkungen des Gipfels

Der Fokus der Medien auf diese Bilder verschleiert, worum es bei diesem Gipfel ging und die Folgewirkungen. Es gibt eine Einigung darauf, dass die Märkte offen sein müssen, der Schutz des jeweiligen heimischen Marktes, vermieden werden soll. Damit kann das Groß- und Monopolkapital bestens leben. Dort, wo der Handel in ihrem Interesse reguliert werden soll, gab es auch ein Ergebnis: den Abschluss eines Freihandels zwischen Japan und der EU. Es enthält die gleichen Kernelemente wie TTIP, zum Beispiel Investitionsschutz und Schiedsgerichte. Das ist eine klare Ohrfeige für alle, die gegen TTIP und

CETA auf die Straße gegangen sind. Es geht also trotz aller Beteuerungen der Regierungsparteien weiter mit der Liberalisierung der Märkte. Auch das Gesundheitswesen ist davon nicht ausgenommen. Die so genannten Freihandelsabkommen beschleunigen die Unterwerfung der staatlichen Daseinsvorsorge unter den Marktzwängen und kommt jemand auf die Idee, doch zu regulieren, können die Konzerne Schadensersatzansprüche wegen entgangener Profiterwartungen geltend machen.

Demokratische Rechte entsorgt

Wochen vor dem Gipfel haben die bürgerlichen Medien ein Klima von Angst mit dem Hinweis auf erwartete Gewalt erzeugt. Bereits im Vorfeld wurde der Protest kriminalisiert. In einem Drittel Hamburgs wurden Grundrechte, insbesondere die Versammlungsfreiheit, mittels behördlicher Allgemeinverfügung außer Kraft gesetzt, mehr als 22.000 Polizei- und Spezialkräfte mit modernstem technischen Equipment wurden eingesetzt. Gerichtsurteile zum Campen in der Stadt wurden missachtet und gegen Protestierende wurde zum Teil brutal vorgegangen. Es kam zu lebensgefährlichen Situationen durch Polizeigewalt. Auch dafür wurden die genannten Bilder in Szene gesetzt. Die Verantwortlichen für Grundrechtseinschränkung und Polizeigewalt, Bürgermeister Scholz und sein Innenminister Grothe, müssen zurücktreten, fordert daher die DKP in Hamburg. Zu recht!

Bedingungslos für alle?

Das bedingungslose Grundeinkommen und sein großer Haken

Wer von Harzt IV lebt, ist oft vielfältigen Repressionen ausgesetzt. Da greift man leicht nach jedem Strohalm. Einige sehen im bedingungslosen Grundeinkommen (BEG) einen Ausweg. Was ist nun dran am BEG? Die Gewerkschaften sind zu recht skeptisch. Denn es gäbe genug Bereiche, in denen man mehr Beschäftigte bräuchte: z.B. in der Pflege, in der Bildung, im Kulturbereich – natürlich zu ordentlichen Bedingungen.

Die Finanzierung des BGE ist eins seiner Hauptprobleme. Soll es auch nur annähernd auskömmlich sein, müssten es die Erwerbstätigen, die heute sowie so schon den größten Anteil am Steueraufkommen aufbringen, noch zusätzlich finanzieren. Das hat Grenzen. Zudem würden sie, da das BEG jeder bekommen würde, auch das BEG für Milliardäre mit finanzieren.

Aber die größte Gefahr besteht für die Löhne. Die Unternehmer würden keine mindestens existenzsichernden Löhne mehr zahlen, diese würden zu einem Zubrot zum BEG verkommen. Die Profite für Unternehmen würden steigen wegen geringerer Personalkosten, die Löhne der Beschäftigten sinken und ihre Steuerlast würde sich erhöhen. Kein Wunder, dass die Kapitalisten ihr Herz für das BEG entdeckt haben.

Wenn wir besser leben wollen, werden wir nicht darum herum kommen, die Verteilungsfrage zu stellen und es den Reichen zu nehmen. Millionärssteuer wäre ein guter Anfang.



Eine strahlende Idylle

Anti-Atomwaffen-Aktionen in Büchel

Die Eifel bietet sanfte Hügel, Weinberge und mittelalterliche Ortschaften – aber eben auch den Fliegerhorst Büchel. Dort werden in dicken Bunkern zwanzig US-Atomwaffen des Typs B61 gelagert. Diese Waffen könnten im Kriegsfall direkt durch den Präsidenten der USA freigegeben werden – aufgrund der im Rahmen der NATO vereinbarten nuklearen Teilhabe der BRD.

Vom 22. – 25. Juni fand im Rahmen einer 20-wöchigen Aktionspräsenz eine Blockade aller Ein- und Ausgänge des Fliegerhorstes statt. Daran beteiligten sich Atomwaffengegner aus Deutschland, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden. „Büchel dichtmachen“ hatten sich die DKP und die SDAJ auf die roten Fahnen geschrieben. Für zwei Stunden waren Büchel und alle umliegenden Straßen und Ortschaften wirklich „dicht“. Erst dann gelang es der Bundeswehr und der Polizei, die Blockade aufzulösen. Der Kriegswahnsinn muss aufhören und die BRD raus aus der NATO!



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dcp-berlin.info

Web: www.dcp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Frieden – Arbeit – Solidarität!

Endspurt der DKP im Bundestagswahlkampf

☛ *Am 24. September 2017 werden die Wahlberechtigten entscheiden, ob sie den Zielen der DKP ihre Stimme geben wollen: erstens Frieden, zweitens Arbeit, drittens Solidarität.*

Beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften hat die DKP den Einsatz für den Frieden in den Mittelpunkt gestellt. In vielen Tausenden Gesprächen wurden die Ursachen der kriegerischen Eskalationen in der Welt und der Zusammenhang von Rüstungsexporten mit der hohen Zahl der Flüchtenden diskutiert. Jeden 6. Euro aus dem Bundeshaushalt wollen CDU, CSU und SPD schon in wenigen Jahren an das Militär geben – was für ein Wahnsinn! Das hat auch dem Sofortprogramm der DKP seinen Stempel aufgedrückt: Die DKP fordert die Senkung der Rüstungsausgaben um 20 Prozent und den Stopp der Auslandseinsätze des deutschen Militärs.

Dadurch – und mit einer Steuer für Millionäre und Milliardäre – will die DKP mindestens 75 Milliarden Euro freimachen für Arbeitsplätze sowie Sanierungs- und Bauprojekte. Das nützt den Arbeitenden doppelt und dreifach: Sie wirkt der Ausbreitung der Armut und damit der Lohnkonkurrenz entgegen, sie ermöglicht die Schaffung von Arbeitsplätzen, sie führt zu bezahlbaren Wohnungen,

besseren Schulen, guter medizinischer Behandlung für alle und bringt im sozialen Bereich gute Arbeitsbedingungen ein wenig näher. Die LeserInnen des Schrittmacher haben oft die Erfahrung gemacht, dass vieles nicht so einfach ist. Jedes „Angebot“ der Arbeit“geber“ in Tarifverhandlungen z.B. beweist, dass der seit Jahrzehnten anhaltende Reallohnabbau weitergehen soll und dass der Angriff auf die Rechte der Arbeitenden im Kapitalismus kein Ende kennt. Aus diesem Grund steht die Solidarität bei der DKP an dritter, also vorderster Stelle. Sie ist die unerschöpfliche Ressource, die niemand den Lohnabhängigen wegnehmen kann. Sie zeigt sich in all dem, was Kommunistinnen und Kommunisten gemeinsam mit den KollegInnen in den Gewerkschaften, in Betriebs- und Personalräten sowie in Mieter- oder Friedensinitiativen so tun.

Auf Dauer reicht die Umverteilung des Reichtums über Steuern nicht aus, um die Arbeit zu demokratisieren. „Die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum zu verwirklichen, das heißt, die aktuelle Gesellschaftsordnung, den Kapitalismus, abzuschaffen und eine neue, demokratischere und gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Das ist das Ziel der DKP.“ Mit diesem Ziel bitten wir um die Stimmen für die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP.